

"Potsdam, Berlin und der Marshallplan" in Luxemburger Wort (26. Juni 1948)

Legende: In der luxemburgischen Tageszeitung Luxemburger Wort wird die Frage gestellt, welchen Zweck die UdSSR mit der Blockade der Zugangswege nach Westberlin vom 24. Juni 1948 verfolgt.

Quelle: Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 26.06.1948, n° 178/179; 101e année. Luxembourg: Imprimerie Saint-Paul. "Potsdam, Berlin und der Marshallplan", p. 1.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL: http://www.cvce.eu/obj/potsdam_berlin_und_der_marshallplan_in_luxemburger_wort_26_juni_1948-de-cc961f2d-8027-4ae0-acf6-bd94c86e2fdf.html

Publication date: 03/07/2015

Potsdam, Berlin und der Marshallplan

Was bezweckt Rußland mit seinem draufgängerischen Vorgehen in Berlin? Das ist die Frage, die sich einem jeden immer wieder aufdrängt angesichts der von Tag zu Tag verworrener werdenden dortigen Lage. Die drei westlichen Besatzungsmächte hinauszumanövrieren? Die scheinen wenig geneigt zu sein, den Russen das Vergnügen zu tun. Seit dem Abkommen von Potsdam - demselben, auf das sich die russische Politik noch allzeit berufen hat - ging die ganze russische Taktik offensichtlich nur darauf an, die Teilung Deutschlands unvermeidlich werden zu lassen, stellte gestern die englische Wochenschrift „Economist“ fest. Desto sonderbarer muß es vorkommen, wenn das vorgestrige Warschauer Communiqué - wiederum mit Bezugnahme auf Potsdam - sich gerade gegen die Zweiteilung Deutschlands wendet und die Schuld dafür den Westmächten zuschiebt. Praktisch hat die Teilung Deutschlands fast schon drei Jahre gedauert. Heute drängen nur die längst bestehenden Zustände auf eine sozusagen legale Anerkennung. Als seinerzeit im Sommer 1945 die vier Besatzungsmächte in Berlin einzogen und sich zu einem alliierten Kontrollrat für ganz Deutschland und zu einer alliierten Stadtkommandantur zusammensetzten, da blickte die ganze Welt gespannt auf das Exempel und es hieß, Berlin werde das Symbol sein, aber auch der Gradmesser für die Möglichkeit der Zusammenarbeit der vier Großmächte. Die Probe aufs Exempel ist heute gemacht. Amerikanischer- und britischerseits wurde gestern offen gesprochen von einer Reorganisation der Militärregierung auf Dreimächte-Basis. Aus vier würden ihrer drei. Rußland würde definitiv ausscheiden und mit Rußland die russisch-besetzte Ostzone Deutschlands.

Womit allerdings der Fall Berlin noch nicht entschieden wäre. Geht der eiserne Vorhang vor oder quer durch Berlin nieder? Das ist die Frage. Den britischen Standpunkt hierzu hat Außenminister Bevin vor etlichen Wochen einmal klar definiert: England bleibt, ohne Rücksicht auf irgendwelche Provokationen. Gestern im Unterhaus hat Bevin auf diese Erklärung angespielt und gemeint, er brauche dazu keinen Kommentar zu geben. Übrigens hat im Dezember bereits der damalige Minister für die britisch-besetzte Zone, Pakenham, der Bürgermeisterin von Berlin, Frau Louise Schröder, genau dasselbe versprochen. Das war in den Tagen unmittelbar nach dem Abbruch der Londoner Außenministerkonferenz, als die Berliner sich schon einmal Gedanken machten über die ihnen möglicherweise aus der Londoner Sensation erwachsenden Konsequenzen.

Für die Vereinigten Staaten von Amerika liegt der Fall womöglich noch eindeutiger. Ein Sich-Zurückziehen aus Berlin wäre für sie gleichbedeutend mit einem Prestigeverlust, der sich weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bemerkbar machen und sich gleich auch praktische greifbar auswirken würde. Das Vertrauen in das Wort und in die Macht Amerikas wäre schwer erschüttert und die Verwirklichung des Marshallplanes böse in Frage gestellt. Diesmal nicht von wegen eines an und für sich unverständlichen Votums des Repräsentantenhauses in Washington, - das übrigens der Senat wieder einigermaßen redressieren konnte - wohl aber, weil von den sechzehn europäischen Marshallplanländern bei weitem die meisten nicht mehr das Risiko auf sich nehmen wollten, Washington aufs Wort zu glauben und dadurch vielleicht anderwärtigen Unwillen zu erregen.

Also, es geht nicht bloß um Berlin und die zwei Millionen westlich besetzten Berliner. Berlin ist überhaupt nur der Vorwand, das greifbare Symbol. Es geht um die gesamte amerikanische Nachkriegspolitik. Und die ist kristallisiert um den Begriff des Marshallplanes.

Das weiß Rußland ebenso gut wie die USA es wissen. Von der Stunde, da der Marshallplan konkrete Formen annehmen sollte, datiert der offene Antagonismus zwischen Ost und West. In dem Augenblick ließ man hüben u. drüben die letzten Hemmungen fallen. Es waren ohnehin nur noch Hemmungen, die bis dahin lediglich in der Wahrung der Umgangsformen bestanden hatten. Das Rückzugskommando für die Tschechoslowakei war der erste Ausdruck dieser offenen Gegensätzlichkeit. Seither hat Rußland alles getan, den Marshallplan zu untergraben. Im Warschauer Communiqué von vorgestern wird wieder dagegen vom Leder gezogen, als Einleitung gewissermaßen zu dem neuen Kapitel, das nun durch die Spannung in Berlin geschrieben wird.

Es wird nicht das letzte sein, sondern nur eins mehr in den bisherig vielen des „kalten Krieges“, der schließlich doch ein Friede ist, wenn auch einer ganz besonderer Art.